

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	122
		<b>TOP:</b>	2
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	834/2019
		<b>GZ:</b>	WFB
<b>Sitzungstermin:</b>	04.10.2019		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Fuhrmann		
<b>Berichterstattung:</b>	-		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Sabbagh / fr		
<b>Betreff:</b>	<b>Flughafen Stuttgart GmbH Neuer Gesellschaftsvertrag</b>		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen vom 18.09.2019, GRDRs 834/2019, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Dem geänderten Gesellschaftsvertrag der FSG in der Fassung der Anlage 1 wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, insbesondere in der Gesellschafterversammlung der FSG alle Erklärungen und Handlungen vorzunehmen, die für die Inkraftsetzung des neuen Gesellschaftsvertrags erforderlich und zweckmäßig sind, sowie den vorgelegten Vertragsentwurf anzupassen, soweit dies zweckmäßig und erforderlich sein sollte und keine wesentlichen inhaltlichen Änderungen bedingt sind.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

Folgerichtig ist für StR Adler (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) die Anpassung an Veränderungen in der Gemeindeordnung. Auf seine Nachfrage erläutert BM Fuhrmann, bereits in der alten Geschäftsordnung habe eine Zustimmungspflicht bei Grundstücksgeschäften erst ab 1,5 Mio. € bestanden. Das Land sehe hier keinen

Änderungsbedarf. Im Übrigen sei die Handhabung in der Kommune, in der andere Wertgrenzen gälten, hier nicht relevant.

StRin Schanbacher (SPD) teilt die in der Vorlage erwähnte Verkehrsprognose nicht unbedingt. Sie nimmt mit Blick auf die Diskussion, innerdeutsche Flüge durch Bahnfahrten zu ersetzen, vielmehr an, dass die Zahl der Flüge abnehmen wird. Hier, so erklärt BM Fuhrmann, gehe es um das Personal. Die Zahl der Beschäftigten werde voraussichtlich konstant über 2.000 liegen. Herr Vaas (StKäm) ergänzt, ein Grund hierfür sei die relativ große Fertigungstiefe des Flughafens. Die Tochtergesellschaften befänden sich überwiegend im Besitz und damit auch im Einflussbereich des Flughafens. Nur wenige Flughäfen in Deutschland seien voll mitbestimmt, neben Stuttgart seien dies nur Frankfurt und München. Der Stuttgarter Flughafen verfolge die Strategie, alle Dienste anzubieten, was unter anderem zur Folge habe, dass es in Stuttgart in den letzten Monaten vergleichsweise wenige Verspätungen gegeben habe.

Gegenüber der SPD weist StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) darauf hin, dass es, wenn man das Klima schützen wolle, nicht sinnvoll sei, Schieneninfrastruktur auf den Flughafen auszurichten.

BM Fuhrmann stellt abschließend fest:

Der Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen stimmt dem Beschlussantrag einmütig zu.

Zur Beurkundung

Sabbagh / fr

## Verteiler:

- I. Referat WFB  
zur Weiterbehandlung  
Stadtkämmerei (2)  
weg. GR
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. Rechnungsprüfungsamt
  3. L/OB-K
  4. Hauptaktei
  
- III.
  1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  2. CDU-Fraktion
  3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
  4. SPD-Fraktion
  5. FDP-Fraktion
  6. Fraktion FW
  7. AfD-Fraktion
  8. Fraktionsgemeinschaft PULS